

Streit über bezahlbare Wohnungen entzweit den Rat

SPD, Grüne und Linke prangern soziale Ungerechtigkeiten an – und ernten bei der CDU und dem Oberbürgermeister Unverständnis und Wut

Von Christian Harborth

Hildesheim. Im Rat ist ein heftiger Streit darüber entbrannt, ob sich Hildesheim ausreichend um bezahlbaren Wohnraum in der Stadt kümmert. Während einer Aktuellen Stunde lieferten sich Vertreter der Fraktionen sowie Oberbürgermeister Ingo Meyer gestern Abend teilweise heftige und rhetorisch gepfeferte Schlagabtausche.

Das Thema war auf Antrag von SPD, Grünen und Linken auf die Tagesordnung gekommen. „Seit der Finanzkrise vor fünf Jahren steigen auch in Hildesheim die Mieten“, monierte Grünen-Fraktionschef Ulrich Rübiger. Die Stadt schaffe zwar dauerhaft zusätzliche Wohnungen. Aber der Anteil der Wohnungen, die von Geringverdienern bezahlt werden könnten oder von Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen seien, sei gering. „Hier ist eine erhebliche Schieflage entstanden“, erklärte Rübiger. Bernd Lynack, Fraktionschef der SPD, wies darauf hin, dass sich das Problem in

den vergangenen Jahren deutlich verschärft habe. „Zwar haben wir in Hildesheim keine Steigerungen wie in Berlin oder Hamburg, aber nach wie vor haben viele Menschen in Hildesheim Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden.“

Gebiete wie das Phoenixgelände am Moritzberg oder der Weinberg-Komplex auf dem ehemaligen Krankenhausesgelände bieten laut Rübiger beileibe keinen bezahlbaren Wohnraum für Geringverdiener. Auch das Baugebiet Ostend auf dem ehemaligen Kasernengelände sehen die Grünen, die SPD und auch die Linken in dieser Reihe – was zu erheblichem Unmut in den Reihen der CDU führte.

Dieser steigerte sich aber noch, als Grünen-Vertreter Volker Spieth, der auch Geschäftsführer des Mietervereins ist, davon sprach, dass in Hildesheim in den vergangenen 20 Jahren „Reich für Reich“ gebaut habe – und dabei auch den Namen Lüder erwähnte. „Die einkommensschwachen Mieter wurden dabei immer vergessen.“

”

In den vergangenen 20 Jahren hat hier immer Reich für Reich gebaut.

Volker Spieth
Grünen-Ratsherr
und Geschäftsführer
Mieterverein

Fraktionschef Rübiger ließ zudem Fotos mehrerer leerer Mehrparteienhäuser im Stadtgebiet an die Wand projizieren – und stigmatisierte deren Vermieter damit indirekt. „In Hildesheim stehen 800 bis 1000 Wohnungen leer – diese Wohnungen müssen auf den Markt gebracht werden“, sagte Rübiger. Wenn Hildesheim es schaffe, 500 der leerstehenden Wohnungen zu vermitteln, sei viel gewonnen. „Es ist unsere Aufgabe, diese sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen.“

Zuspruch ertete Rübiger bei der AfD. „Sie rennen offene Türen ein“, sagte Fraktionsvorsitzender Ralf Kriesinger. Bei der CDU und Oberbürgermeister Ingo Meyer hinterließen Rübigers Worte, aber auch die von Spieth und den Linken-Vertretern Unverständnis und teilweise sogar Wut. „Sie verbreiten hier Halbwahrheiten“, wettete Henning Wittneben (CDU). OB Meyer wies den Vorwurf, untätig zu sein, scharf zurück. „Wir haben alles getan, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.“